

Aggressive Spionage Russlands befürchtet

Der Verfassungsschutz rechnet vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs mit verstärkten russischen Operationen in Deutschland. Doch auch vor Chinas Aktivitäten warnt der Inlandsgeheimdienst in seinem Jahresbericht.

BERLIN. Schon im vergangenen Jahr habe der russische Angriffskrieg die Arbeit der deutschen Spionageabwehr bestimmt, sagte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Thomas Haldenwang. Die Gefährdungen durch russische Spionageaktivitäten gegen Deutschland hätten sich „nochmals vergrößert“. Nachdem Dutzende russische Geheimdienstmitarbeiter im vergangenen Jahr ausgewiesen worden seien, sei damit zu rechnen, dass Russland „zukünftig klandestiner und aggressiver“ vorgehen könne, sagte der BfV-Präsident. Dabei könne es um mit falscher Identität eingeschleuste Geheimdienstmitarbeiter gehen, aber auch um verstärkte Cyberangriffe bis hin zu Sabotageaktionen.

„Russlands Krieg gegen die Ukraine bedeutet auch für die innere Sicherheit eine Zeitenwende“, sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) bei der Vorstellung des Jahresberichts 2022. „Gerade in Kriegszeiten stützt sich die Führung im Kreml auf die Arbeit der russischen Nachrichtendienste.“

China bleibt nach Einschätzung des Bundesamtes einer der vier „Hauptakteure“ von gegen Deutsch-

land gerichteter Spionage. Die Behörde nennt die Volksrepublik neben Russland, dem Iran und der Türkei. Faeser ordnete auch Nordkorea in die Gruppe der Länder ein, die in Deutschland „massiv geheimdienstlich tätig sind“. In Deutschland nutze China für die Umsetzung seiner ambitionierten Industriepolitik „Spionage in Wirtschaft und Wissenschaft“, heißt es in dem Bericht.



Erhöhte Gefährdung: Verfassungsschützer Thomas Haldenwang.

FOTO: CHRISTOPH SOEDER/DPA

Der Verfassungsschutzbericht 2022 führt auch die Entwicklung des Extremismus in Deutschland auf. „Der Rechtsextremismus ist weiterhin die größte extremistische Bedrohung in Deutschland“, bekräftigte Faeser. Der Bericht nennt einen Anstieg möglicher Rechtsextremer um 14,5 Prozent auf 38.800. Der Anteil gewaltbereiter Rechtsextremisten sei zudem um weitere 500 auf nun 14.000 gestiegen.

Erstmals führt der Verfassungsschutz die Gesamtpartei AfD in seinem Jahresbericht für 2022 auch als rechtsextremistischen Verdachtsfall auf. Die Behörde ging davon aus, dass mit 10.200 mehr als ein Drittel der AfD-Mitglieder ein extremistisches Potenzial haben.

Die Anzahl linksextremistisch motivierter Straftaten sank im Vergleich zum Vorjahr zwar deutlich um 37,4 Prozent. Faeser betonte aber, auch dort seien „die Hemmschwellen gesunken, politische Gegner, aber auch die Polizei mit großer Brutalität anzugreifen“. Das linksextremistische Potenzial wuchs laut Verfassungsschutz im vergangenen Jahr um 5,2 Prozent auf 36.500 Menschen an. |afp

KOMMENTAR SEITE 2

KOMMENTAR

Von Feinden umzingelt

VON PETER MÜLLER

Der russische Angriffskrieg und die damit einhergehenden Krisen dürfen nicht den Extremisten in die Hände spielen.

Hört man Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang zu, kann einem angst und bange werden. Laut dem Jahresbericht seiner Behörde ist unsere Demokratie umzingelt von Feinden: Da sind die Rechtsextremisten, die immer mehr werden. Da sind auf der anderen Seite des Spektrums die Linksextremisten, die viel gewaltbereiter auftreten. Hinzu kommen die sogenannten Reichsbürger, aus deren Szene heraus wohl sogar Umsturzpläne geschmiedet wurden. Es sind also alles andere als harmlose Spinner. Dabei vermischen sich auch die Phänomenbereiche, wie die Verfassungsschützer das nennen; das macht die Bedrohungslage unübersichtlicher. Die Islamisten schließlich bleiben weiterhin gefährlich.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine verschärft die Situation noch. Russische Nachrichtendienste sind verstärkt in Deutschland aktiv: Spionage, Cyberangriffe, Desinformation sind die Stichworte. Zusammen mit Inflation und Energiekrise trägt das zur Verunsicherung der Bürger bei – und das wird, wie zuvor die Corona-Pandemie, von den Extremisten ausgenutzt, um die Gesellschaft aufzuwiegeln.

Dennoch: Der befürchtete „Winter der Wut“ ist ausgeblieben. Die simplen Parolen der Rattenfänger verfangen bei der großen Mehrheit der Bevölkerung offensichtlich nicht so leicht. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung erweist sich trotz aller Anfeindungen von innen als widerstandsfähig.

Die Rheinpfalz
v. 21.6.2023